



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 81 / September 2009

Liebe Leserin, lieber Leser,

natürlich werde ich auch in dieser neuen Legislaturperiode regelmäßig meinen "Brief aus Straßburg" verschicken. Nach den europäischen Verträgen ist die Stadt Straßburg der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments (EP), an dem in zwölf Wochen pro Jahr Plenartagungen stattfinden müssen. Hier kommt dann also das ganze Plenum zusammen, um über alle Gesetzesentwürfe, Entschließungen, Stellungnahmen etc. abzustimmen, die wir in den Wochen und Monaten zuvor in Brüssel ausgearbeitet haben. Mein Straßburgbrief soll Sie über interessante und wichtige Beschlüsse und Ereignisse informieren.

Das neue Europaparlament

Wie in der vergangenen Legislaturperiode stellt die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament mit 42 Sitzen wieder die stärkste nationale Delegation. Die christdemokratische "Fraktion der Europäischen Volkspartei" (EVP), deren Mitglied die CDU/CSU-Gruppe ist, wurde zum dritten Mal in Folge stärkste Kraft im EP und verfügt über 265 der insgesamt 736 Sitze. Dies ist insbesondere deswegen bemerkenswert, weil die britischen Konservativen auf Anweisung ihrer Londoner Parteiführung aus der EVP ausgetreten sind und zusammen mit konservativ-nationalistischen Abgeordneten aus anderen Mitgliedstaaten eine eigene Fraktion namens "Europäische Konservative und Reformisten" (ECR) mit 55 Mitgliedern gegründet haben. Neben EVP und ECR gibt es fünf weitere Fraktionen und 17 fraktionslose Abgeordnete. Zweitgrößte Fraktion ist mit 184 Sitzen die "Allianz der Sozialisten und Demokraten" (S&D). Die "Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa"

(ALDE) stellt 85 Mitglieder, und die "Fraktion der Grünen/Freie europäische Allianz" (Greens/EFA) 55 Sitze. Die links-kommunistische "Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" (VEL/NGL) vereinigt 35, die europaskeptische Fraktion "Europa der Freiheit und Demokratie" (EFD) 30 Mandate.

Das Parlament hat sich zur Hälfte erneuert: 367 Abgeordnete sitzen erstmals im EP. Der Frauenanteil stieg um gut vier Prozentpunkte auf nunmehr 35 %.

Der neue Parlamentspräsident

In unserer konstituierenden Sitzung, die im Juli stattfand, wurde mein christdemokratischer Fraktionskollege Jerzy Buzek mit 87 % der Stimmen zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt. Er übernimmt das Amt für die kommenden zweieinhalb Jahre. Ehemals Solidarnosc-Mitglied und 1997 - 2001 Ministerpräsident Polens, ist Buzek der erste Vertreter eines neuen Mitgliedstaates an der Spitze einer EU-Institution.

Die neue Ratspräsidentschaft

Nach Tschechien trat am 1. Juli 2009 Schweden die sechsmonatige Ratspräsidentschaft an. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt nannte die Bewältigung der Wirtschaft- und Finanzkrise sowie die Bekämpfung des Klimawandels als Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft.

Die Neubesetzung der Ausschüsse

Die 20 ständigen Ausschüsse und zwei Unterausschüsse sowie die interparlamentarischen Delegationen zu Drittstaaten des Europäischen Parlaments mussten natürlich ebenfalls neu

besetzt werden und wiederum die Ausschussvorsitzenden wählen. Die Zusammensetzung der Ausschüsse spiegelt so weit wie möglich die Zusammensetzung des Parlaments und damit das Ergebnis der Europawahl wider.

Mein neuer Ausschuss

Nach zehn Jahren Mitgliedschaft im Verkehrsausschuss des EP habe ich nun einen Wechsel zu "Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres" vollzogen. In diesem Innenausschuss werde ich mich Themen widmen, die gerade auch im Hinblick auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei von besonderer Bedeutung sind (und selbstverständlich bleibe ich in der Türkei-Delegation!). Es geht hier um Bürger- und Menschenrechte sowie die Bekämpfung von Diskriminierung (mit Ausnahme der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt). Des Weiteren ist der Ausschuss zuständig für den Aufbau und die Weiterentwicklung eines "Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts", namentlich Asyl und Zuwanderung, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in zivil- und strafrechtlichen Fragen, Verwaltung der EU-Außengrenzen sowie Datenschutz.

Alte Aufgaben und neuer Posten

Die Lebensmittelsicherheit wird auch weiterhin einer meiner Arbeitsschwerpunkte sein, denn schließlich bin ich die Parlamentsberichterstatterin zur Neuordnung der Lebensmittelmittelkennzeichnung. Daher bleibe ich natürlich im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Und da die Frage der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln eine der Zukunftsfragen überhaupt ist, werde ich mich auch weiterhin mit grüner Gentechnik befassen.

Da ich diese politischen Bereiche bereits seit zehn Jahren nahezu alleinverantwortlich in meiner Fraktion vertrete, bin ich nun übrigens auch in den Fraktionsvorstand "aufgestiegen"!

Der neue Kommissionspräsident

In der jetzigen September-Plenarwoche wurde der portugiesische Kommissionspräsident José Manuel Barroso für eine zweite fünfjährige Amtszeit bestätigt. Zuvor hatte Barroso angekündigt, die Position eines "Klimakommis-

sars" schaffen zu wollen. Des Weiteren plant er die Zweiteilung des bisherigen Ressorts "Justiz und Inneres": Künftig soll es einen Kommissar für "Justiz und Grundrechte" sowie einen Kommissar für "Innenpolitik und Migration" geben. Das Europäische Parlament muss diesen Plänen allerdings noch zustimmen.

Die neuen Kommissare

So ganz nebenbei stimmten wir auch für drei neue Kommissare: Wegen des Ausscheidens dreier bisheriger Kommissare wurden kurzfristig der Litauer Algirdas Šemeta für Finanzplanung und Haushalt, der ehemalige belgische Außenminister Karel de Gucht für Entwicklung und humanitäre Hilfe und der Pole Pawel Samecki für Regionalpolitik eingesetzt. Dies ersetzt aber nicht die noch ausstehende Neuwahl der gesamten Kommission!

Neue Pipelines

Die EU hat einen immensen Energiehunger, den sie nicht aus eigener Kraft stillen kann. Wir sind also abhängig von Energieimporten, z.B. von russischem Gas. Dies bedeutet natürlich eine große Abhängigkeit von Staaten außerhalb der EU, was bei politischen Unstimmigkeiten durchaus zu Versorgungslücken führen könnte. Deshalb wollen wir die Abhängigkeit von einzelnen Gaslieferanten reduzieren und eine Energieversorgung aus vielen verschiedenen Quellen aufbauen. Im Mittelpunkt der jetzigen Debatte standen die geplante Nabucco-Gaspipeline sowie das Desertec-Projekt zur Gewinnung von Solarstrom in Nordafrika. Desertec ist ein wichtiges, umweltfreundliches Projekt der Zukunft, das aber noch viele technische und politische Barrieren überwinden muss. Wir sind deshalb für eine schnelle Realisierung der Nabucco-Pipeline, die Erdgas vom Kaspischen Meer über die Türkei nach Europa führen soll. Russland allerdings versucht, "Nabucco" durch den Bau einer eigenen "South-Stream-Pipeline" nach Europa zuvorkommen. Die Türkei hat natürlich längst ihre strategische Position in diesem Wettstreit erkannt und versucht bereits seit geraumer Zeit, die Realisierung der „Nabucco-Pipeline“ fest an den eigenen EU-Beitritt zu knüpfen. Erpressen lassen wir uns aber nicht! Die Debatte über die Energieversorgungssicherheit

wird uns also mit Sicherheit noch sehr lange beschäftigen!

Stabilisierung des Milchmarktes

Zahlreiche Protestaktionen haben uns in den vergangenen Monaten die verzweifelte Lage der Milchbauern vor Augen geführt. Die internationale Finanzkrise führte zu einem Einbruch der Nachfrage nach Milch und Milchprodukten auf dem Weltmarkt und damit auch zu einem Einbruch des Exports europäischer Produkte. Als Folge wurde der europäische Markt mit der eigenen Milch überschwemmt, und die Preise für Milchprodukte sanken im vergangenen Jahr um fast die Hälfte. Ein Landwirt aber kann von 20 Cent pro Liter keine Milch produzieren, geschweige denn leben! Um den Milchmarkt zu stabilisieren und so zahlreiche Bauern vor der Betriebsaufgabe zu bewahren, stimmten wir für eine Verlängerung der Interventionskäufe bei Butter und Magermilchpulver bis Februar 2010. Mit diesen öffentlichen Ankäufen kann das Preisniveau mittelfristig stabilisiert werden. Langfristig können die Milchbauern ihre Situation aber nur durch eine Anpassung an die globalen Marktbedürfnisse verbessern. Tatsächlich brauchen sie auch dringend eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber den großen Lebensmitteldiscontern, die den Milchpreis immer weiter nach unten drücken. Und spätestens hier ist der Verbraucher gefragt: Wenn wir nicht bereit sind, für ein so hochwertiges Lebensmittel wie Milch einen angemessenen Preis zu zahlen, werden wir vielleicht in absehbarer Zeit nicht mehr genug Milch kaufen können!

SWIFT ...

... ist eine private Gesellschaft mit Sitz in Belgien, die den Datenverkehr zwischen europäischen Banken abwickelt. Die USA sind massiv an diesen Daten interessiert: Durch die Auswertung der SWIFT-Daten können nämlich auch Finanzströme innerhalb terroristischer Netzwerke aufgedeckt werden. Da die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein gemeinsames Anliegen der westlichen Welt ist, wurde die Zusammenarbeit zwischen EU und USA bezüglich der SWIFT-Daten bereits 2007 auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Hiernach ist den USA zur Terrorismusbekämpfung der Zugriff auf europäische Bankdaten gestattet. Positiver Effekt dieser Zusammenarbeit war z.B. die Enttarnung und Festnahme der "Sauerlandbomber". Mittler-

weile entsteht ein neues Zentrum zur Speicherung der europäischen SWIFT-Daten in der Schweiz. Die USA verlangen nun auch Zugriff auf dieses Zentrum. Da aber nicht sichergestellt ist, dass unser transatlantischer Partner die Daten tatsächlich nur zur Terrorismusbekämpfung

abrufen, ist das geplante erweiterte EU/USA-Abkommen zum Datenaustausch sehr umstritten. Das Europäische Parlament verlangt nun, an der Ausarbeitung des neuen Abkommens beteiligt zu werden, damit es nicht den europäischen Regeln zum Datenschutz widerspricht.

In eigener Sache

Aus technischen Gründen stelle ich derzeit meine eigene "Datensammlung" um. Daher kann es vorkommen, dass Sie den Strassburgbrief doppelt erhalten. In diesem Falle bitte ich um Mitteilung, damit wir den Fehler beheben können. Und noch etwas: Falls der Strassburgbrief Sie per Post erreicht, obwohl Sie über eine E-Mail-Adresse verfügen, bin ich dankbar für Ihre E-Mail-Adresse!

Apropos: Bitte beachten Sie meine neue Parlaments-E-Mail-Adresse am Ende dieses Schreibens!

DANK ... DANK ... DANK

Für mich ist es nach wie vor eine große Ehre, Sie im Europäischen Parlament zu vertreten. Ich bedanke mich ganz herzlich bei all' denen, die mich im Wahlkampf so tatkräftig unterstützt und so zu dem insgesamt guten Europawahlergebnis der CDU beigetragen haben!

Bis zum nächsten Straßburgbrief im Oktober grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323-918511, Fax 02323-918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de